

Die Bundesbank braucht Orientierungshilfen

Das Jahr 1967 begann mit zunehmender wirtschaftlicher Unsicherheit. Die Steuereinnahmen bleiben in immer stärkerem Umfang hinter den Vorausschätzungen zurück. Die Konkurse nehmen rasch zu. Die Arbeitslosigkeit steigt schneller, als es der Jahreszeit entspricht. Die Zahl der Arbeitslosen war Anfang dieses Jahres schon mehr als doppelt so groß wie ein Jahr zuvor.

1967 wird es mit Sicherheit keine Wirtschaftskrise im klassischen Sinne dieses Wortes geben, wenn die verfügbaren wirtschaftspolitischen Instrumente richtig eingesetzt werden. Das ausgeprägte Konjunkturtief im ersten Halbjahr dieses Jahres aber ist nach den vorausgegangenen Fehlern unvermeidbar. Noch immer anhaltende Preissteigerungen bei gleichzeitig zunehmender Arbeitslosigkeit sind der Preis für eine Serie wirtschaftlicher und finanzpolitischer Fehlleistungen, für die noch die alte *Regierung Erhard* und die *Bundesbank* verantwortlich sind.

Auch die Anfang Januar zögernd begonnene Lockerung der Kreditpolitik bringt an diesem Entwicklungsbild keine Korrektur an. Die längst überfällige und seit langem erwartete Lockerung ist in die Konjunkturerwartung bereits einbezogen. Wäre die Lockerung ausgeblieben, so müßte die Entwicklungsaussicht noch schwärzer gemalt werden.

Schwankungen in der Wirtschaftsentwicklung konnten auch durch die moderne Wirtschafts- und Konjunkturpolitik bisher nicht ganz verhindert werden. Unkontrollierte Gewinnexpansionen führten regelmäßig zu einer mehrjährigen Phase gedämpfter Wirtschaftsentwicklungen. Diese Abschwächungen bewirkten jedoch bisher in der Bundesrepublik keine Arbeitslosigkeit, da die Wirtschafts- und Finanzpolitik über genügend Möglichkeiten verfügt, diese Entwicklungsschwankungen auszugleichen. Wenn in den Phasen verringerter Investitionstätigkeit bei anhaltenden Lohnsteigerungen die vorausgegangenen Gewinnwellen kompensiert und das relative Einkommens- und Nachfragegleichgewicht wiederhergestellt wurde, setzten regelmäßig neue Wachstumsimpulse ein.

Die dadurch hervorgerufenen Wachstumszyklen dauerten bisher ziemlich regelmäßig fünf Jahre. Wäre 1964 nach dem letzten Aufschwung die gleiche Entwicklung eingetreten, die in dem vorausgegangenen Zyklus von 1959 bis 1963 wirksam wurde, so hätten wir nach den Aufschwungsjahren 1964 und 1965 im Jahr 1966 mit einem nur wenig nachlassenden Wachstum rechnen können, das sich jedoch bis 1968/69 weiter verlangsamt hätte. Arbeitslosigkeit hätte es in dieser Phase nicht gegeben. Aber die mit jeder Abschwächung verbundene Unzufriedenheit hätte noch auf das Wahljahr 1969 nachwirken können, und es löst bekanntlich bei keiner Regierung Begeisterung aus, sich in einer solchen Phase abgeschwächter Konjunktorentwicklung zur Wahl zu stellen.

Der tatsächliche Konjunkturverlauf war diesmal anders. 1965, als eine Dämpfung des Konjunkturbooms notwendig gewesen wäre — um einen längerfristigen kontrollierten Aufschwung zu gewährleisten —, heizte die Bundesregierung durch die überproportionale Ausdehnung ihres Wahlhaushaltes den Preisanstieg zusätzlich an. Diese Inflation der Wahlgeschenke bewirkte Preissteigerungen, die größer waren, als sie dieser Konjunkturphase normalerweise entsprachen und die bis in die Gegenwart nachwirkten. Die folgende abrupte Kürzung der öffentlichen Ausgaben im Jahre 1966 fiel dann mit den inzwischen wirksam gewordenen Bremsaktionen der Bundesbank zusammen. Die verringerte Kapazitätsauslastung infolge schwacher Nachfrageentwicklung bewirkte in Verbindung mit der Verteuerung der Kredite bei der gleichzeitig phasenbedingten Verringerung der Selbstfinanzierung eine Verteuerung der Produktion, die weitere Preissteigerungen auslöste. Mit diesen Preissteigerungen begründete die Bundesbank die Aufrechterhaltung ihrer Kreditrestriktionen. Sie bewirkte damit im Verlauf des Jahres 1966

eine ständige Abschwächung der Nachfrage. Konkurse, Betriebsstillegungen, Feierschichten und zunehmende Entlassungen waren die Folge. Schon 1966 wurden infolge dieser Politik für mehr als 6 Md. DM weniger Güter produziert, verkauft und verbraucht als bei normaler Entwicklung möglich gewesen wäre.

Die wirtschaftliche Abschwächung verstärkt sich selbst. Arbeitslose kaufen weniger, als vollbeschäftigte Arbeitnehmer. Die Abschwächung der Lohnentwicklung verringert die Absatzchancen der Wirtschaft. Geringere Kapazitätsauslastung vermindert die Investitionen und damit die Absatzmöglichkeiten der Investitionsgüterindustrie. Produktionsrückgänge bei Stahl und Kohle sind weitere Folgewirkungen, die ihrerseits diesen Depressionsprozeß verstärken.

Dieser Prozeß einer sich selbst verstärkenden Wirtschaftsabschwächung hätte noch im Sommer 1966 durch eine Lockerung der Kreditrestriktionen von der Bundesbank aufgefangen werden können. Anfang 1967 war es bereits zu spät. Selbst wenn die Bundesbank jetzt ihre Kreditbremsen völlig lockern würde, kann sie das Tief im ersten Halbjahr nicht mehr vermeiden. Die bisherige Politik der Bundesbank kostet die deutsche Volkswirtschaft im Jahre 1967 nochmals 8 bis 10 Md. DM, die uns in Form nicht produzierter Güter verlorengehen.

Trotz dieser Fehlentwicklungen kann eine ernsthafte Wirtschaftskrise verhindert werden, wenn jetzt die Wirtschaftspolitik wachstumsanregend wird, wenn die Bundesbank die Kreditbremsen wirksam lockert, den Zinssatz senkt, den Kapitalmarkt neu belebt, die öffentlichen Investitionen erhöht, die private Investitionstätigkeit angeregt und der private Konsum nicht durch zusätzliche Steuererhöhungen zusätzlich eingeeignet wird. Mit diesen Mitteln könnte in diesem Jahr eine neue Wachstumswelle eingeleitet werden.

Alle Voraussetzungen für einen erneuten Konjunkturaufschwung sind gegeben. In diesem Fall kann nach der üblichen eineinhalbjährigen Anlaufzeit Anfang 1969 mit einer 'neuen Hochkonjunktur gerechnet werden. Der nächste Konjunkturaufschwung kommt bestimmt, und er kann noch vor der nächsten Wahl erreicht werden. Die wirtschaftspolitischen Instrumente sind dafür vorhanden. Die neue Regierung hat sich in ihrer Erklärung vom 13. Dezember 1966 ausdrücklich zu dieser Zielsetzung bekannt.

Wenn die Wiederbelebung der Konjunktur bis Ende 1967 gelingt, so wäre der alte Konjunkturzyklus um ein bis zwei Jahre früher zu Ende gegangen, als man normalerweise erwarten konnte. 1968 dürfte demgemäß die nächste Periode mit einem erneuten Konjunkturaufschwung beginnen, und alle Not und Sorgen, die Pleiten und Arbeitslosigkeit in diesem Jahr bewirkten, werden spätestens 1969 überwunden sein.

Stellt man die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zusammen, die seit einem Jahr in konsequenter Folge die konjunkturelle Abschwächung bewirkt haben, so könnte man zu dem Schluß kommen, daß die gewaltsame Abkürzung des letzten Konjunkturzyklus gewollt war. Die wirtschaftlichen Sorgen und Nöte, die im Gefolge dieser gewaltsamen Konjunkturbremmung auftreten mußten, wären demgemäß im Interesse „größerer“ Ziele einkalkuliert gewesen. Auch *Erhard* verfügte über die wirtschaftlichen Instrumente, um im Verein mit der Bundesbank im Wahljahr 1969 ein wahlgerechtes Konjunkturklima zu erreichen; es sind die gleichen Instrumente, die andersherum angewandt im vergangenen Jahr die Konjunktur abwürgten. Eine Hochkonjunktur im Wahljahr 1969, die nicht gleichzeitig überinflationäre Züge aufweist, setzt allerdings nach den wirtschaftspolitischen Fehlleistungen des Wahljahres 1965 und nach Aufrechterhaltung der bisherigen Begünstigungspolitik eine vorübergehend stärkere Drosselung der Konjunktur voraus. Die damit verbundene Arbeitslosigkeit, so konnte man voraussetzen, dürfte jedoch zwei Jahre später vergessen sein, während die Hochstimmung, die eine neue

DIE BUNDESBANK BRAUCHT ORIENTIERUNGSHILFEN

Hochkonjunktur zur Folge hat, die Wiederwahl der Regierung, die diesen Aufschwung präsentiert, mit großer Sicherheit gewährleistet.

Für eine solche Annahme gibt es keine Beweise. Beweisbar ist nur, daß die unter Erhard eingeleiteten und von der Bundesbank fortgesetzten Maßnahmen genauso gewirkt haben. Es ist natürlich auch denkbar, daß diese Summe wirtschaftspolitischer Fehlhandlungen ungewollt und zufällig in der beschriebenen Weise zu der Verkürzung und Vertiefung des letzten Konjunkturzyklus beigetragen haben. In diesem Fall muß man feststellen, daß Bundesregierung und Bundesbank wohl über ausreichend Instrumente der Konjunkturbeeinflussung verfügten, diese aber aus Unwissenheit und mangelnder Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge so einsetzten, daß sie nicht zu einer Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern zu erhöhten Preissteigerungen und nachfolgend steigender Arbeitslosigkeit geführt haben.

Vermeidbar war die Misere des Jahres 1967 auf jeden Fall. In Hunderttausenden von Arbeitnehmerfamilien brauchte es keine Not und Sorgen zu geben. Die letzte Verantwortung für diese Entwicklung kann auch niemand der Bundesbank abnehmen. Schon im Frühjahr 1966 hatte das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften auf diese Gefahren hingewiesen. Seit dem Sommer 1966 wurden die Gefahren der konjunkturellen Abschwächung von allen westdeutschen Konjunkturforschungsinstituten bestätigt. Seit dem Spätsommer 1966 gab es überhaupt keine plausiblen Gründe mehr, um die Kreditrestriktionen der Bundesbank fortzusetzen. Die Bundesbank hat jedoch bis Anfang 1967 unbeirrt an ihrem Kurs festgehalten. Zählt man die Verluste beider Jahre zusammen, so sind der deutschen Volkswirtschaft Werte in Höhe von mindestens 15 bis 17 Md. DM verlorengegangen.

Wären diese Werte unter normalen Entwicklungsbedingungen produziert worden, aber allein den Arbeitnehmern zugute gekommen, so hätte sich ihr Anteil am Sozialprodukt nicht unbedeutend erhöht, ohne daß es den Unternehmern dabei schlechtergegangen wäre, als es ihnen gegenwärtig im Gefolge der bisherigen Bundesbankpolitik geht. Dies wäre z. B. möglich gewesen, wenn die Stabilisierung nicht durch Kreditbeschränkung, sondern durch eine Aktivierung der Wettbewerbspolitik in Verbindung mit einer Durchforstung der Subventionspolitik eingeleitet worden wäre.

Diese Fehler der vergangenen Monate sind eindeutig. Ein Kurswechsel der Bundesbank ist aber keine Garantie dafür, daß diese Fehler nicht wiederholt werden. Mit den schärferen Waffen der Kreditplafondierung, die die Bundesbank nach dem Stabilisierungsgesetz zusätzlich erhalten soll, könnten gleiche Fehler in Zukunft noch ernstere Folgen haben.

Eine Wirtschaftspolitik aus einem Guß, wie sie der unabhängige Sachverständigenrat in seinem zweiten Jahresgutachten als Grundlage einer gesunden Wirtschaftspolitik formulierte, verlangt auch eine Einordnung der Bundesbankpolitik. Die finanzpolitischen Möglichkeiten, die die Bundesbank im Rahmen ihrer autonomen Entscheidungsfreiheit besitzt, können die wirtschaftliche Entwicklung gefährden. Die Vorschriften des Bundesbankgesetzes, für die Stabilität der Währung zu sorgen, könnten von der Bundesbank auch 1967 so ausgelegt werden, daß sie an einem restriktiven Kurs festhalten muß, denn auch 1967 werden trotz wirtschaftlicher Stagnation die Preise weiter steigen. Die weiterhin erlaubten Mietpreiserhöhungen, der mangelhafte Wettbewerb, die geduldeten Preisabreden und privaten Preisbindungen dürften im Verein mit den vom Ausland übertragenen Preissteigerungen auch 1967 eine Erhöhung des Preisniveaus um 2 vH bewirken. Es war der Sachverständigenrat, der in seinem dritten Jahresgutachten darauf hingewiesen hat, daß für 1967 im Ausland mit Preissteigerungen um 2 bis 3 vH gerechnet werden kann, die unter den bestehenden Verhältnissen zwangsläufig auf die deutsche Preisentwicklung einwirken.

Bei einem anhaltenden Restriktionskurs ist andererseits infolge weiterhin sinkender Steuereinnahmen auch die Deckung des Haushaltsdefizites praktisch unmöglich. In diesem Fall einer anhaltenden Restriktionspolitik dürfte allerdings 1967 eine Krise unvermeidlich und auch 1969 noch keine konjunkturelle Wiederbelebung zu erwarten sein. Gewinner einer derartigen Politik wäre dann im Wahljahr 1969 mit Sicherheit die NPD.

Niemand wird behaupten, daß die Bundesbank dieses Ziel anstrebt. Niemand kann aber auch zur Zeit garantieren, daß sich die Bundesbank nicht so verhält, daß dieses Ergebnis eintritt. Es gab und es gibt gute Gründe für die Autonomie der Bundesbank, aber gerade diese Autonomie erfordert mehr Abstimmung und mehr Einsicht in die wirtschaftspolitischen Gegebenheiten, als die Bundesbank in den letzten Monaten bewiesen hat. Um die Bundesbank vor dem Vorwurf zu schützen, daß sie die Vertiefung der Konjunkturabschwächung bewußt betrieben hat und negative Kräfte unserer Demokratie damit bewußt fördern wollte, müssen ihr Orientierungsdaten zur Verfügung gestellt werden, über die sie zur Zeit offensichtlich nicht verfügt.

Die neue Bundesregierung hat sich zu einem mehrjährigen Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 4 vH bekannt. Es wäre die Aufgabe dieser Regierung, Orientierungsdaten, die dieser Zielsetzung entsprechen, zu entwickeln, damit die Bundesbank ihr Verhalten in Übereinstimmung mit der Zielsetzung der Regierung orientieren kann, und an denen orientiert die deutsche Öffentlichkeit das Verhalten der Bundesbank zu kontrollieren vermag. Mißstimmungen und Verdächtigungen könnten auf diese Weise am schnellsten überwunden und eine konzertierte Einordnung der Bundesbankpolitik im Interesse unserer wirtschaftlichen Entwicklung am sichersten erreicht werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt es, daß die Bundesregierung mit Unterstützung der Deutschen Bundesbank mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unverzüglich entscheidende Maßnahmen zur Sicherung des stetigen Wirtschaftswachstums, der Vollbeschäftigung und des stabilen Preisniveaus ergreifen will. Mit Genugtuung stellt der DGB fest, daß die Bundesregierung auf direkte Steuererhöhungen verzichten will. Er erwartet allerdings, daß von dem angekündigten Abbau der Steuervergünstigungen nicht die Arbeitnehmer betroffen werden und die vorgesehene Reform des Familienlastenausgleichs zu einer wirklich sozialen Gestaltung führt.

Starke Bedenken hat der DGB nach wie vor gegen die Kürzung der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung, auch wenn die Kürzung jetzt auf 300 Millionen DM vermindert wurde und vorerst keine Beitragserhöhung für die Versicherten erfolgen soll. Somit bleibt insbesondere auf Grund der verschlechterten Arbeitsmarktlage die Gefahr eines Defizits und einer Beitragserhöhung bestehen. Nach wie vor hat der Bund die Verantwortung, seinen Verpflichtungen gegenüber der Rentenversicherung nachzukommen. Auch vermißt der DGB in der Erklärung der Bundesregierung die Ankündigung der dringend erforderlichen Verbesserung des Arbeitslosengeldes.

Als sehr bedenklich betrachtet es der DGB, daß die Mittel für längst fällige Besoldungsverbesserungen im Bundeshaushalt 1967 ersatzlos gestrichen werden sollen.

20. Januar 1967